

17/1/5-Nds.

1978

# Albrecht-Politik: Das Programm für uns in Niedersachsen

**CDU**



**Für uns  
in Niedersachsen**

## INHALT

### EINLEITUNG

- I. Unser Staat
- II. Arbeitsplätze für alle in Niedersachsen
- III. Chancengleichheit für den ländlichen Raum
- IV. Mehr Schutz für unsere Umwelt
- V. Im Dienst am Nächsten
- VI. Offensive für die Frau
- VII. Politik im Dienste der Gesundheit
- VIII. Besser und gesünder wohnen
- IX. Unsere Städte menschlicher machen
- X. Bildung in Freiheit –  
Zukunftschance unserer Jugend

# Albrecht-Politik: Das Programm für uns in Niedersachsen

Die CDU in Niedersachsen ist seit Februar 1976 unter Führung von Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht Regierungspartei. Sie hat die Sozialdemokraten abgelöst, die sich in den langen Jahren ihrer Herrschaft verbraucht hatten, mit den Problemen unseres Landes nicht mehr fertig wurden und den Staat immer mehr mit sich selbst gleichsetzten.

Es wurde Zeit, daß sich unser Land wieder sehen lassen konnte – vor sich selbst, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland. Mit der Albrecht-Politik hat die CDU in Niedersachsen einen neuen Anfang gesetzt. Sie wendet sich am 4. Juni zur Landtagswahl an die Wähler mit der Bitte, sie auch diesmal wieder zur stärksten Kraft des Landes zu machen.

Die CDU in Niedersachsen stellt sich dem Wähler unverbraucht, mit einer überzeugenden Leistungsbilanz, mit klaren Zielen und mit der festen Absicht, auch künftig zur Auflockerung der erstarrten politischen Fronten in der Bundesrepublik Deutschland beizutragen.

Wir Christlichen Demokraten sehen in Niedersachsen mehr als eine Verwaltungseinheit. Niedersachsen ist unsere Heimat. Zu ihr bekennen wir uns, zu ihrer Geschichte und ihrer Überlieferung, zu der Tradition ihrer Landesteile, aber auch zur Zukunft Niedersachsens in Deutschland und Europa.

Die früheren Landesregierungen haben Niedersachsen in 30 Jahren wirtschaftlich nicht aus dem Rückstand zu anderen Bundesländern befreit. Niedersachsen braucht jährlich 26.000 neue

Arbeitsplätze. Es muß in harter Arbeit seine strukturellen Schwächen auszugleichen versuchen. Unsere jungen Menschen brauchen eine Zukunft, der sie mit Hoffnung entgegensehen können. Die Schule muß wieder dem Menschen dienen, nicht mehr ideologischen Experimenten. Die Sicherung der Unterrichtsversorgung, eine menschliche, sparsame und unbürokratische Verwaltung, Chancengerechtigkeit für jedermann und, als besonderer Ausdruck christlich-sozialer Politik, Hilfen gegenüber jenen Mitbürgern, die es besonders schwer haben: dies alles – und mehr noch der Schutz unserer Freiheit durch Sicherung der Grundordnung gegen Mißbrauch und Gewalt sind Aufgaben, die nur gelöst werden können, wenn die solidarische Mitarbeit aller Bürger sich mit einer wirklichkeitsnahen und zugleich weitsichtigen Politik verbindet.

Die CDU in Niedersachsen verspricht nicht jedem alles. Sie bietet politisch aber allen eine Heimat, die guten Willens sind, die Freiheit bewahren und sichern, die dem Nächsten helfen wollen. Unsere Politik ist progressiv, weil sie das verändert, was der Änderung bedarf. Sie ist konservativ, weil sie in der Pflicht vor der Geschichte steht und das Bewährte bewahrt. Sie ist liberal, weil sie in den Mittelpunkt den Menschen mit seiner selbstverantworteten Freiheit stellt.

## I. Unser Staat

1. Der freiheitlich-demokratische Rechts- und Sozialstaat steht im Dienste des Bürgers. Der Staat muß die öffentliche Sicherheit und den inneren Frieden gewährleisten. Er muß im Sinne der Chancengerechtigkeit für alle Bürger die rechtlichen, wirtschaftlichen und bildungsmäßigen Voraussetzungen schaffen für die freie Entfaltung jedes Einzelnen und die Freiheit und Vielfalt von Gruppen und Verbänden. Was Mitbürger und freie Träger aus eigener Kraft und Initiative unmittelbar füreinander tun können und wollen, soll der Staat nicht behindern, sondern fördern. Er muß dort regulierend eingreifen, wo die Eigendynamik gesellschaftlicher Entwicklungen zu sozialen Ungerechtigkeiten und Härten führt.
2. Eine lebensfähige Demokratie setzt Öffentlichkeit und Durchsichtigkeit, die Information und die Mitwirkung des Bürgers voraus. Sie kann ihrer Aufgabe nur gerecht werden, wenn der Bürger sich zur kritischen und verantwortlichen Mitarbeit bereitfindet. Voraussetzung dazu ist die sachkundige und objektive Information. Die CDU setzt sich daher für die Pressefreiheit ebenso ein wie für die Unabhängigkeit und inhaltliche Ausgewogenheit der Sendungen von Rundfunk und Fernsehen. Wir wollen den NDR-Staatsvertrag unter Wahrung dieser Grundsätze neu gestalten.
3. Gestaltung und Schutz des demokratischen Staates sind eine Gemeinschaftsaufgabe aller Bürger. Wir wollen in unserem Staate Freiheit für den Bürger, aber wir wollen auch Ordnung, weil sie die Voraussetzung von Freiheit ist. Wir werden unser Land wieder in den Stand versetzen, die innere Sicherheit zu garantieren, ohne die der Bürger kein Vertrauen in den Staat haben kann. Die freiheitlich-demokratische Ordnung muß gegen diejenigen geschützt werden, die unsere Freiheit gefährden, indem sie sie mißbrauchen.



Wir werden daher konsequent und entschlossen alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten zur Terror- und Verbrechensbekämpfung ausschöpfen. Wir fordern: die Überwachung der Kontakte inhaftierter Terroristen, eine wirksamere Sicherungsverwahrung, verbesserte Fahndungsmöglichkeiten durch eine noch engere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder sowie organisatorische, personelle und materielle Verbesserungen bei Polizei, Justiz und Verfassungsschutz. Die in diesen Bereichen Tätigen erfüllen ein schweres Amt. Sie haben Anspruch auf die solidarische Unterstützung der politisch Verantwortlichen und aller Bürger.

Die Gerichtsverfahren sind zu beschleunigen. Die unerträglich langen Verfahren kommen einer Rechtsverweigerung nahe.

4. Da der Staat im Dienste aller Bürger steht, darf er nicht zum Instrument einer Partei oder einer Gruppe werden. Die CDU wendet sich gegen die Parteibuchwirtschaft und die unerträgliche Verquickung von Staat und Sozialdemokratischer Partei, die sie bei der Regierungsübernahme vorgefunden hat. Anders als die SPD betreibt die CDU eine Personalpolitik im öffentlichen Dienst, die sich nicht an der Parteizugehörigkeit, sondern an Eignung und Leistung orientiert. Sachkunde und Leistungsbereitschaft sind die Tragpfeiler einer wirksamen öffentlichen Verwaltung. Wer im öffentlichen Dienst tätig sein will, muß aktiv für unsere Verfassung eintreten. Verfassungsfeinde haben im öffentlichen Dienst, vor allem als Lehrer und Hochschullehrer, nichts zu suchen. Wer diesen Staat und seine freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpft, kann nicht sein Diener sein. Die CDU wird sicherstellen, daß im Falle eines schon bestehenden Dienstverhältnisses verfassungsfeindliche Kräfte aus dem Dienst entfernt werden.

5. Unsere Politik orientiert sich am Menschen, nicht an Utopien, die den Menschen ein vermeintliches Glück aufzwingen wollen, das sie in Wahrheit nur selbst gewinnen und erleben

können. Das gilt in besonderer Weise für die Kommunalpolitik. Für uns dient Kommunalpolitik dem Recht aller Bürger, in ihrem kommunalen Raum ihre eigenen Lebensziele zu verwirklichen. Deshalb wollen wir die Eigenverantwortung der Gemeinden und Kreise weiter stärken und den Einfluß des Staates auf das unbedingt Notwendige beschränken. Mit einer grundlegenden Vereinfachung der Gesetze und Verwaltungsverfahren werden wir der kommunalen Selbstverwaltung Spielraum für zügige und ortsgerechte Entscheidungen geben. Überflüssige Genehmigungsvorbehalte sind abzuschaffen. Gemeinden und Landkreise müssen finanziell so ausgestattet werden, daß sie ihre Aufgaben bei wirtschaftlicher Haushaltsführung eigenverantwortlich erledigen können. Daher muß Schluß gemacht werden mit einer unsachgerechten finanziellen Gängelung der Gemeinden und Kreise; die kommunalen Zweckzuweisungen sind soweit wie möglich zu Gunsten freier Mittel abzubauen. Der Anteil der Gemeinden an der Einkommenssteuer sollte erhöht werden.

6. Kommunale Verwaltung ist bürgernahe Verwaltung. Die Bürgernähe aber kann und muß noch verstärkt werden. Die Übertragung von Aufgaben und Zuständigkeiten auf untere Ebenen ist konsequent fortzuführen. Die Ortshaftsverfassung ist weiter zu entwickeln. Die Verwaltungsstruktur im Großraum Hannover wird mit dem Ziel überprüft, ein Zuviel an Verwaltung abzubauen und die Selbstverwaltung der Kommunen in diesem Raum zu stärken. Die CDU wird konsequent dafür eintreten, daß der Bürger möglichst viele Angelegenheiten bereits bei seiner Gemeinde erledigen kann. Angesichts der Vielzahl von Gesetzen, Erlassen und Zuständigkeiten sollte jede Gemeinde angehalten werden, als Ratgeber für den Bürger eine Anlaufstelle einzurichten. Die Gemeinden sollten bei der Stellung und Entgegennahme von Anträgen auch dann behilflich sein, wenn eine andere Behörde zuständig ist. Wir wollen weg von der Anonymität, der sich der Bürger nur allzuoft ausgesetzt fühlt. Wir wollen die Verwaltung



menschlicher machen. Die Gemeinde muß gerade heute die überschaubare Gemeinschaft sein, die auch im Massenzeitalter Geborgenheit erlebbar macht.

7. Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Verwaltung müssen weiter verbessert werden. Die CDU wird sicherstellen, daß Gesetze, Verordnungen und Erlasse vereinfacht werden. Der Bürger hat Anspruch auf verständliche, klare und überschaubare Gesetze sowie auf schnelle Bearbeitung seiner Anliegen. Freiwerdende Stellen in Aufgabengebieten, die an Bedeutung verloren haben, werden in die Bereiche mit wachsendem Bedarf verlagert. Die Erkenntnisse der modernen Betriebs- und Verwaltungslehre werden zur Rationalisierung der Landesverwaltung herangezogen. In der Verwaltung muß in noch stärkerem Maße Verantwortung und Entscheidung delegiert werden.

8. Die CDU bekennt sich zum föderativen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland. Machtverteilung bedeutet Machtkontrolle. Die Länder dürfen nicht weiter geschwächt werden. Sie müssen daher einen Anteil am Gesamtsteueraufkommen erhalten, der ihnen die Erfüllung ihrer Aufgaben auch ohne Bundeszuschüsse erlaubt. Die wachsende finanzielle Abhängigkeit vom Bund und die immer umfassendere Bundesgesetzgebung degradieren die Länder zu ausführenden Verwaltungsorganen des Bundes. Dies wollen wir ändern.

Im Bundesrat — dem Verfassungsorgan, in dem die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mitwirken — sieht die CDU kein Mittel zur Durchsetzung parteipolitischer Interessen. Wir wollen, daß Niedersachsen bei Fragen der Bundesgesetzgebung auch künftig eine Politik betreibt, die eigenständig, sachgerecht und an den landespolitischen Erfordernissen ausgerichtet ist.

## II. Arbeitsplätze für alle in Niedersachsen

1. Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland ist ungebrochen. Im vierten Winter hintereinander wurde die Millionengrenze deutlich überschritten. Kein anderes Bundesland ist aufgrund seiner wirtschaftlichen Struktur so stark in Mitleidenschaft gezogen wie Niedersachsen, dessen Strukturschwächen die SPD-geführten Landesregierungen in den vergangenen 30 Jahren nicht zu beseitigen vermochten. Die Folge: von 1970 bis Januar 1976 sprang die Zahl der Arbeitslosen in Niedersachsen von 25.000 auf 173.000.

Für die CDU ist die Sicherung der vorhandenen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Überwindung des Ausbildungsplatzmangels eine der wichtigsten Aufgaben.

2. Die Gesundung unserer Wirtschaft muß an den Ursachen ansetzen. Wir brauchen für unsere Betriebe keine staatliche Gängelung und keine systemverändernden Rezepte, sondern eine an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientierte leistungsfördernde und investitionsfreundliche Finanz-, Wirtschafts- und Energiepolitik. Wenn neue Arbeitsplätze geschaffen und gefährdete Arbeitsplätze gesichert werden sollen, müssen unsere Betriebe rentabel arbeiten können und Kosten und Preise wieder stimmen. Hier ist in erster Linie die Bundesregierung gefordert. Ihr ist die Aufgabe, ihr sind die Instrumente zugewiesen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu steuern.

Die Bürokratisierung unseres Wirtschaftslebens, die Flut von Gesetzen und Verordnungen und die Belastung der Betriebe mit Verwaltungsarbeit behindern die Investitionsbereitschaft und damit den Wirtschaftsaufschwung. Die CDU wird entschlossen eintreten für einen Abbau der vielfältigen gesetzlichen und bürokratischen Investitionshemmnisse.



3. Unabdingbare Voraussetzung für sichere Arbeitsplätze ist eine sichere, ausreichende und kostengünstige Energieversorgung. Niedersachsen als Land ohne umfangreiche billige Primärenergieträger, insbesondere Braunkohle, braucht auch künftig einen angemessenen Beitrag der Kernenergie zur Energieversorgung. Die CDU wird dafür sorgen, daß der notwendige Ausbau der Kernenergie weder durch die Konzeptlosigkeit der Bundesregierung noch durch Aktionen der Gewalt verfassungsfeindlicher Gruppen in Frage gestellt wird. Demokratische Proteste sind legitim, nicht aber die Anwendung gesetzloser Gewalt.

Die Nutzung der Kernenergie erfordert eine Lösung des Problems der Entsorgung. Die Landesregierung unter Ministerpräsident Albrecht hat dazu im übergreifenden Interesse des Bundes und aller Bundesländer ihre Bereitschaft erklärt, die Eignung des Standortes Gorleben und die Probleme eines Entsorgungszentrums prüfen zu lassen. Angesichts der Risiken für kommende Generationen müssen alle Untersuchungen unvoreingenommen und mit größter Sorgfalt geführt werden; die Sicherheit der Bevölkerung muß unbedingt gewährleistet sein. Die CDU wird sich gleichzeitig dafür einsetzen, alle Möglichkeiten eines nichtnationalen Entsorgungskonzepts mit Standorten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in internationalen Verhandlungen ernsthaft auszuloten.

4. Zur Überwindung und Linderung der Arbeitslosigkeit muß unabhängig von der Verantwortung der Bundesregierung das Land Niedersachsen seinen ganzen Handlungsspielraum zu Gunsten vermehrter und sicherer Arbeitsplätze ausschöpfen. Aus der Sicht der Landespolitik stehen dabei folgende Aufgaben im Vordergrund:
- Förderung der Wirtschaft heißt vor allem Entlastung der Betriebe auf der Kostenseite. Die CDU tritt dafür ein, die Lohnsummensteuer in Niedersachsen zu beseitigen. Sie ist als Steuer auf die Arbeitsplätze in einem Lande mit

überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit nicht vertretbar.

- Um den wirtschaftlichen Rückstand Niedersachsens gegenüber anderen Bundesländern aufzuholen und neue Arbeitsplätze in der gewerblichen Wirtschaft zu schaffen, ist die in den ersten Jahren der Regierung Albrecht erfolgreich betriebene Gewerbeansiedlungspolitik beharrlich fortzusetzen. Das Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung muß fortgeführt werden. Wir werden die Chancen nutzen, die der Zug der Industrie zum seeschifftiefen Wasser uns als Küstenland eröffnet. Insbesondere wird die CDU dafür sorgen, daß der Ausbau des Emdener Hafens zum Dollart-Hafen ohne Verzögerung verwirklicht wird. Die CDU wird darüber hinaus die Entwicklung aller anderen niedersächsischen Häfen fördern.
- Die CDU wird der Strukturpolitik eine neue Prägung geben. Ziel ist die Gleichwertigkeit, nicht die Gleichheit der Lebensverhältnisse. Ihre Verbesserung in den ländlichen Räumen ist genauso wichtig wie die Gesundung unserer Städte. Die Struktur Nachteile ländlicher Räume, dabei insbesondere auch des Zonenrandgebietes, müssen durch eine konjunktur-unabhängige, gezielte Förderung ausgeglichen werden. Wir wollen in allen Regionen günstige Standortfaktoren schaffen, von der Energieversorgung bis zur Verkehrsanbindung, um den Ausbau von Arbeitsplätzen zu begünstigen. Eine Gewerbeansiedlung wird in Niedersachsen nicht an fehlenden Landesmitteln scheitern. Bei der Fortschreibung des Landesraumordnungsprogramms und den Festlegungen für zentrale Orte und Schwerpunkte wird die CDU einer übermäßigen Zentralisierung entgegenwirken. Wir werden dabei sicherstellen, daß die finanzielle Förderung im Rahmen der regionalen Strukturpolitik nicht zum Einfallstor dirigistischer Staatseingriffe wird.



Dem Fremdenverkehr soll im Rahmen der Wirtschaftsförderung weiter gezielt geholfen werden.

- Ein neues Mittelstandsförderungsgesetz und der von der Landesregierung geschaffene Förderungsfonds werden dem Mittelstand helfen, der nach wie vor das Rückgrat unserer Marktwirtschaft darstellt. Die von der Regierung Albrecht erschlossenen zusätzlichen Einnahmen aus den niedersächsischen Erdöl- und Erdgasvorkommen haben die Voraussetzungen für eine aktive Mittelstandspolitik grundlegend verbessert. Die CDU tritt dafür ein, daß diese Mittel zu einem erheblichen Teil zu günstigen Konditionen konsequent zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen Verwendung finden.
- Der Stärkung der mittelständischen Wirtschaft dient auch ihre erhöhte Beteiligung an öffentlichen Aufträgen. Die CDU wird darauf dringen, daß kleinere und mittlere Unternehmen in erheblich größerem Umfang bei Staatsaufträgen eingeschaltet werden, wobei umfangreiche Aufträge in Mengen- und Fachlose geteilt bzw. an Arbeitsgemeinschaften von Betrieben vergeben werden können. Auch diese Maßnahmen werden den wirtschaftlichen Aufschwung fördern.
- Die CDU wird auch künftig, und zwar verstärkt, gezielte Sonderprogramme zur Verbesserung der Berufschancen der jungen Menschen durchsetzen. Die Zahl der Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst soll erhöht werden, ohne daß wir von unserem Ziel ablassen, öffentliche Arbeitsplätze dort einzusparen, wo sie nicht gebraucht werden. Wirtschaft und Staat müssen gemeinsam dazu beitragen, daß junge Menschen an der Schwelle zum Berufsleben nicht länger vor verschlossenen Türen stehen. Diesem Ziel dienen auch die berufsbildenden Sonderprogramme und die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres. Von der Möglichkeit, Zeitver-

träge abzuschließen, vor allem mit älteren Angestellten, soll stärker Gebrauch gemacht werden. Die Chancen zur Teilzeitarbeit für Männer und Frauen sollen verbessert werden.

- Voraussetzung eines dauerhaften strukturpolitischen Aufschwungs ist der zügige Ausbau der Verkehrswege. Dabei ist jedoch mehr als bisher dem Schutz intakter Landschaften und der Erhaltung ihrer natürlichen Schönheit Rechnung zu tragen. Vorrang für die CDU haben dabei die Fernverkehrsverbindungen der A 31 Emden-Emsland-Rheine, der Küstenautobahn sowie der Trassierung der Autobahn Berlin-Norddeutschland durch den Raum Lüchow-Dannenberg.

5. In der Finanzpolitik werden wir fortfahren mit unserem Kurs, den Landeshaushalt zu konsolidieren und die Verschuldung abzubauen. Die CDU tritt gleichzeitig dafür ein, die Mischfinanzierung bei den Gemeinschaftsaufgaben zwischen Bund und Ländern, die dem Land zunehmend die Freiheit zu eigenen Investitionsentscheidungen nimmt, abzubauen – mit dem Ziel einer klaren Aufgabentrennung, einer verbesserten Finanzausstattung der Länder und eines wirksameren bundesstaatlichen Finanzausgleichs.



### III. Chancengleichheit für den ländlichen Raum

Die CDU wird aufgrund der wirtschaftlichen und natürlichen Merkmale Niedersachsens die Probleme der Menschen in den ländlichen Räumen besonders berücksichtigen. Um gleichwertige Lebensqualität zwischen Stadt und Land zu ermöglichen, müssen vergleichbare Grundvoraussetzungen geschaffen werden.

Zur Verwirklichung dieser Bedingungen sehen wir besondere Aufgaben

- in einer Verbesserung des Bildungskonzeptes auf dem Lande, um die Nachteile geringer besiedelter Gebiete auszugleichen;
- in einer Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik, die sichere Arbeitsplätze in zumutbarer Entfernung schafft, um der Auszehrung ländlicher Gebiete entgegenzuwirken;
- in einer Raumordnungspolitik, die eine Entfaltung ländlicher Gemeinden durch Selbstbestimmung ermöglicht und ihre Versorgung mit sozialen und kulturellen Einrichtungen sichert;
- in einer ärztlichen Betreuung, die den Ansprüchen der Gegenwart entspricht;
- in einer Verkehrspolitik, die Standortnachteile ländlicher Gebiete abbaut.

Die CDU betont mit Nachdruck die Bedeutung einer leistungsfähigen und vielfältig strukturierten Land- und Forstwirtschaft für die Erhaltung der Funktionsfähigkeit weiter Landesteile.

Da die Land- und Forstwirtschaft wesentliche Aufgaben zur Erhaltung der Wirtschaftskraft und der Lebensqualität in unserem Lande erfüllt, ist für uns die Teilnahme der landwirtschaftlich orientierten Bevölkerung an der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentwicklung ein unverzichtbares Ziel.

In unserem agrarpolitischen Konzept bilden Marktpreise und Marktordnungen im Zusammenwirken mit den Regelungen des Grenzausgleichs die wesentlichen Bestandteile für die Einkommensgrundlage

der Land- und Forstwirtschaft. Direkte Einkommensübertragungen als generellen Ersatz für die Preis- und Marktpolitik lehnen wir ab.

Zur Erleichterung der Anpassungs- und Entwicklungsvorgänge im Agrarbereich werden wir auch zukünftig dafür sorgen, daß regional orientierte und allgemeine strukturpolitische Hilfen bereitgestellt werden. Sie sind aus gesamtwirtschaftlicher Sicht erforderlich, wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft im Gemeinsamen Markt erhalten wollen. Sie unterstützen die Ziele der CDU, eine gesunde bäuerliche Landwirtschaft auf der Grundlage eines breit gestreuten Eigentums zu erhalten.

Die Strukturhilfen werden wir differenziert einsetzen, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen insbesondere in den Regionen und Betrieben zu verbessern, die durch ungünstige wirtschaftliche und natürliche Bedingungen gekennzeichnet sind. Hierbei werden Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsbedingungen (Flurbereinigung, Kulturbau, Vorhaben der Wasserwirtschaft und des Wirtschaftswegebbaus) mit den übrigen Entwicklungsmaßnahmen abgestimmt.

Im Rahmen einzelbetrieblicher Investitionshilfen wird die CDU vorrangig die Betriebe unterstützen, die ihren Haupterwerb aus der Landwirtschaft bestreiten. Die Förderungshilfen sollen hierbei nicht den Charakter von Verdrängungshilfen haben, sondern sie sollen als Starthilfe möglichst vielen Landwirten bei der Sicherung einer verlässlichen Existenzgrundlage helfen. Betriebe, die bereits in der Form der Einkommenskombination als Zu- und Nebenerwerbsbetriebe bewirtschaftet werden oder zukünftig bewirtschaftet werden sollen, wird die CDU durch Verbesserungen der Wohnverhältnisse und durch die Sicherung außerlandwirtschaftlicher Erwerbsquellen im Rahmen ihrer Gesamtpolitik unterstützen. Darüber hinaus werden wir die Erhaltung und Verbesserung der sozialen Sicherung der in der Landwirtschaft Tätigen und den Ausbau der Hilfsdienste im wirtschaftlichen und häuslichen Bereich landwirtschaftlicher Betriebe unter besonderer Beachtung der Einmannbetriebe vorantreiben.



#### IV. Mehr Schutz für unsere Umwelt

Umweltschutz ist mehr als ein Schlagwort. In immer stärkerem Maße werden Gesundheit und Wohlbefinden der Bürger durch Umweltverschmutzung beeinträchtigt.

Die CDU wird daher den Kampf gegen die anhaltende Luft- und Wasserverschmutzung und die ständig zunehmende Lärmbelastung mit Entschlossenheit führen.

In Verwirklichung unseres Lauterberger Programms wurde im Niedersächsischen Landtag bereits ein eigener Ausschuß für Umweltfragen gebildet. Von der Landesregierung unter Ministerpräsident Albrecht werden die Forderungen der CDU konsequent verwirklicht. So werden im Rahmen der Industrieansiedlung bei Anwendung der Umweltschutzbestimmungen strenge Maßstäbe angelegt.

Die CDU wird dafür sorgen, daß bei allen notwendigen und sinnvollen Umweltschutzmaßnahmen die berechtigten Interessen von Industrie und Gewerbe gewahrt werden.

Die CDU begrüßt die Durchführung großräumiger Immissionsmeßprogramme. Die CDU tritt außerdem ein für den Ausbau des stationären und mobilen Luftüberwachungssystems, die Errichtung von Immissionskatastern und die Aufstellung von Lärmbelastungskarten, damit wirksame und zielgerechte Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft und zur Bekämpfung von Lärm eingeleitet werden können.

Zur Verbesserung der Sauberkeit unserer Städte und Gemeinden wird die CDU wirksamere Methoden und Kontrollen der Abfallbeseitigung entwickeln und einführen.

Darüber hinaus hat für die CDU der Landschaftsschutz im Rahmen des Umweltschutzes große Bedeutung. Sie verweist auf das 1976 novellierte Flurbereinigungsgesetz, die Maßnahmen des Landes zur Reinhaltung der Flüsse und zur Schaffung und

Sicherung von Natur- und Vogelschutzgebieten. Sie wird sich auch künftig für die weitere Intensivierung von Naturschutz und Landschaftspflege einsetzen. Die Schaffung weiterer und die Förderung der bestehenden Naturparks ist ihr Ziel.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß in der nächsten Legislaturperiode des Landtags ein Niedersächsisches Naturschutzgesetz verabschiedet wird.

Bei allen Maßnahmen zum Umweltschutz hält die CDU daran fest, daß die Kosten für die Beseitigung oder Verminderung von Umweltbelastungen grundsätzlich vom Verursacher zu tragen sind.



## V. Dienst am Nächsten

Dienst am Nächsten heißt für uns, endlich ernst zu machen mit Hilfe und Solidarität gegenüber jenen Mitbürgern, denen das Leben es nicht leicht macht: gegenüber den alten Menschen, den Behinderten, den kinderreichen Familien und den Aussiedlern.

Diese Gruppen in unserer Gesellschaft erfordern unsere besondere Fürsorge, da hinter ihnen keine mächtigen Verbände stehen, die ihre Interessen vertreten. Für die CDU gilt es, auf diesem Felde einen Beitrag zu leisten für eine menschlichere Gesellschaft.

Die CDU ist dabei überzeugt, daß eine erfolgreiche und engagierte Sozialpolitik gerade heute nicht immer gleichzusetzen ist mit "mehr Geld" und "höheren Ausgaben". Vielmehr wird es darauf ankommen, die Menschen in unserem Lande zu sozialpolitischem Handeln zu bewegen und die vorhandenen Mittel zielgerechter einzusetzen als bisher.

Die CDU weiß, daß eine an diesen Grundsätzen ausgerichtete Sozialpolitik nur im partnerschaftlichen Zusammenwirken mit den freien Wohlfahrtsverbänden und insbesondere den Kirchen und ihren Einrichtungen möglich ist. Die CDU ist dankbar für den hier gezeigten beispielhaften Einsatz. Sie wird alles tun, um den Handlungsspielraum der freien Träger auch durch finanzielle Zuwendungen des Landes zu sichern und, wo immer dies möglich ist, ihn zu erweitern.

1. Die CDU will eine möglichst umfassende und durchgreifende Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten sozialen Diensten. Wir wollen ein dichtes Netz funktionierender Sozialstationen schaffen, damit die hier angebotenen Dienste im Bereich der Krankenhilfe und -pflege, der Alten- und Familienpflege möglichst allen Bürgern Niedersachsens im gleichen Umfang zur Verfügung gestellt werden können. Wir begrüßen, daß die Landesregierung in Zusammenarbeit mit den freien Wohlfahrtsverbänden den Ausbau der Sozialstationen zügig vorantreibt.

Unser Ziel ist es, innerhalb der nächsten vier Jahre rund 300 Sozialstationen zu errichten. So soll den alten und kranken Menschen und vielen Familien die notwendige Pflege und Betreuung, Hilfe und menschliche Anteilnahme in ihrem gewohnten Zuhause vermittelt werden.

2. Unsere besondere Fürsorge gilt den kinderreichen Familien. Die CDU wird sicherstellen, daß die kinderreichen Familien unseres Landes ausreichenden Wohnraum zu tragbaren Preisen zur Verfügung haben werden. Der bereits eingeschlagene Weg der Eigentumbildung gerade für diesen Personenkreis sollte fortgesetzt werden. Das gilt auch für die Erholungsmaßnahmen für kinderreiche Familien, für Mütter, Kinder und Jugendliche.

Die CDU begrüßt die von der Landesregierung eingerichtete neue Stiftung "Familie in Not" als ein wesentliches Instrument tatkräftiger Familienpolitik. Wir wollen den Ausbau dieser Stiftung vorantreiben, um in Not geratenen Familien schnell und unbürokratisch helfen zu können.

Wir wollen ferner die zügige Durchführung eines Modellversuchs "Erziehungsgeld", um alsbald über eine wissenschaftlich abgesicherte Erfahrungsgrundlage für ein generell einzuführendes Erziehungsgeld für nicht erwerbstätige, ihre Kinder erziehende Mütter oder Väter zu verfügen. Ein vom Staat eingeführtes Erziehungsgeld stärkt nach unserer Überzeugung die Familie als wichtigste menschliche Gemeinschaft, entlastet kinderreiche Familien, hilft Müttern und Kindern. Gleichzeitig schafft es Arbeitsplätze.

3. Die Eingliederung behinderter Menschen hat für die CDU eine hohe Priorität. Von besonderer Bedeutung sind dabei Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Mitbürger. Wir werden alle brauchbaren und vernünftigen Programme unterstützen, die den schwerbehinderten Arbeitnehmern einen Arbeitsplatz schaffen. Wir werden uns einsetzen



für die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte. Wir werden dafür Sorge tragen, daß insbesondere die öffentliche Hand bei der Einstellung schwerbehinderter Mitbürger mit gutem Beispiel vorangeht.

Wir fordern, daß die Einhaltung der Bauvorschriften zu Gunsten der behinderten Mitmenschen unnachgiebig überwacht wird.

Ebenso wichtig ist aber die Vorsorge für die geistig und mehrfach Behinderten in unserem Land. Wir treten dafür ein, daß der Ausbau und die Förderung Beschützender Werkstätten, Wohnanlagen und Wohnheime für die Behinderten zügig fortgeführt wird.

4. Die CDU wird sich ferner nachdrücklich einsetzen für die Belange unserer älteren Mitbürger. Es gilt, den von der Landesregierung vorbereiteten Altenplan in den kommenden Jahren auszufüllen. Wir werden dafür Sorge tragen, daß der Bau altengerechter Wohnungen und nach modernen Gesichtspunkten eingerichtete und betriebene Altenheime und Altenpflegeheime weiter gefördert werden.
5. Die Eingliederung der Aussiedler betrachtet die CDU Niedersachsen als eine selbstverständliche Verpflichtung gegenüber unseren Landsleuten aus Ostdeutschland und Osteuropa. Eine besondere Aufgabe ist dabei die Anerkennung ihrer Schul- und Ausbildungsabschlüsse in den Herkunftsländern als eine wichtige Voraussetzung für ihre Integration.

## VI. Offensive für die Frau

Die CDU wird den frauenpolitischen Fragen verstärkt ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Nachdem die Zuständigkeit hierfür dem Niedersächsischen Sozialminister übertragen wurde, erwarten wir, daß die in unserer Gesellschaft bestehenden akuten Probleme der Frauen in enger Zusammenarbeit mit den niedersächsischen Frauenvereinigungen angepackt und einer Lösung zugeführt werden.

Die CDU fordert nicht nur die Anerkennung der Gleichberechtigung der Frau in der Wirtschaft, am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft. Sie setzt sich auch für die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Arbeit der Frau in Haus und Familie mit der Berufs- und Erwerbstätigkeit der Frau ein.

1. Die CDU wird in Niedersachsen ihren Beitrag zum Abbau der Frauenarbeitslosigkeit leisten. Wo immer dies möglich ist, wird sie für die Erweiterung der Zahl der Ausbildungsberufe für Mädchen und die Öffnung der sogenannten typischen Männerberufe für Frauen sorgen. Sie wird den Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen von Frauen und Männern unterstützen. Die CDU geht dabei davon aus, daß durch die Teilzeitarbeit eine den physischen und psychischen Kräften gemäßigere Arbeitsform für viele Erwerbstätige gefunden wird und zugleich die Arbeit in der Familie besser und befriedigender mit den Anforderungen am Arbeitsplatz verbunden werden kann.
2. Der Schutz des ungeborenen Lebens hat für die CDU unverändert große Bedeutung. Der Ausbau eines dichten Netzes von Beratungsstellen — vornehmlich zur Konfliktberatung Schwangerer — wird daher weiter durchzuführen und abzuschließen sein.
3. Die CDU begrüßt die Initiativen der niedersächsischen Frauenvereinigungen, ein "Schutzhause für mißhandelte Frauen und Kinder" zu gründen. Sie erwartet, daß hier bessere Erkenntnisse über die Ursache von Mißhandlungen ge-



sammelt und neue, erfolgversprechende Wege in der Eheberatung besprochen werden können. Die CDU geht davon aus, daß mit der Einrichtung solcher "Frauenhäuser" Hilfen für ein selbständiges Leben der Betroffenen zusammen mit ihren Kindern wirksam gegeben werden können.

4. Die CDU in Niedersachsen wird darüber hinaus ihren Beitrag zu einer Verbesserung der Rentersituation der Frauen leisten. Dazu bedarf es einer gerechteren Form der sozialen Sicherung für die Frau. Die einseitige Ausrichtung der Sozialversicherung auf den erwerbstätigen Ehemann muß verändert werden. Die CDU wird daher an ihrem Vorschlag zur Einführung einer "Partnerrente" festhalten und über den Bundesrat darauf hinwirken, daß der Bundesgesetzgeber seinem Auftrag gerecht wird.

Ergänzend dazu hält es die CDU für erforderlich, eine versicherungsrechtliche Vorsorge für das Unfallrisiko der im Haushalt Tätigen einzuführen und dem mitversicherten Partner die Möglichkeit zu geben, seine Krankenversicherungsansprüche geltend zu machen.

## VII. Politik im Dienste der Gesundheit

Die Gesundheit zählt zu den höchsten Gütern des Menschen. Sie ist wichtiger als materieller Wohlstand und mehr als bloßes Freisein von Krankheit. Es ist das Ziel der CDU, allen Bürgern unseres Landes die bestmögliche medizinische Versorgung und menschliche Betreuung zu ermöglichen, sie jedoch gleichzeitig durch entsprechende Gesundheitserziehung und Information in die Lage zu versetzen, sich ihrer Verantwortung für die eigene Gesundheit bewußt zu sein und entsprechend zu handeln.

1. Wir werden sicherstellen, daß die Krankenhäuser in Niedersachsen vornehmlich in den medizinisch-technischen und personellen Bereichen den Bürgern die bestmögliche Versorgung bieten. Wir werden dafür Sorge tragen, daß die notwendigen Maßnahmen zur Sanierung der Funktionsbereiche und zur Neugestaltung der Betriebsabläufe in unseren Krankenhäusern verwirklicht werden. In Anbetracht eines erkennbar gewordenen Bettenüberhangs in Niedersachsen begrüßen wir die Aufstellung des Krankenhausbedarfsplans durch die Landesregierung. Ein nachgewiesener Bettenüberhang sollte abgebaut werden, ohne daß darunter die flächendeckende medizinische Versorgung leiden darf. Dabei sollen alle Betroffenen am Entscheidungsprozeß beteiligt werden. Wir werden eine Benachteiligung freigemeinnütziger Träger nicht zulassen.

Im Krankenhausbau bedauert die CDU die Kürzung der Finanzmittel durch den Bund. Wir wollen eine erhebliche Aufstockung der Mittel für Krankenhausrenovierung und Krankenhausneubau und fordern den Bundesgesetzgeber auf, seine Mittel wieder aufzustocken.

2. Die CDU verfolgt mit großer Sorge die ständig wachsende Anzahl von Alkohol- und Drogenabhängigen. Die CDU setzt hier einen Schwerpunkt ihrer Gesundheitspolitik:

— in der Aufklärung der Bevölkerung vor Gefahren des Alkohol- und Drogenmißbrauchs;



- in dem Ausbau flankierender Einrichtungen (Übergangswohn- und Pflegeheime);
- in der Schaffung von Modelleinrichtungen zur Beratung, Betreuung und Nachbehandlung suchtgefährdeter und -abhängiger Jugendlicher.

3. Darüber hinaus gilt das Anliegen der CDU der fortlaufenden Verbesserung des öffentlichen Gesundheitsdienstes und der Sicherstellung einer ausreichenden Arztversorgung vor allem im ländlichen Raum.

Die CDU tritt dafür ein, daß ein freies und pluralistisches Gesundheitswesen erhalten bleibt. Die CDU setzt dabei auf die Vielfalt des Angebotes, die freie Arztwahl, die freie Wahl des Krankenhauses und wendet sich gegen alle Tendenzen zur Sozialisierung und Bürokratisierung des Gesundheitswesens.

4. Unsere Hilfe hat in besonderer Weise den psychisch Kranken zu gelten. Die CDU unterstützt nachdrücklich die Maßnahmen der Landesregierung, die menschenunwürdigen Zustände in den psychiatrischen Landeskrankenhäusern zu beseitigen. Wir werden die begonnene Sanierung der Landeskrankenhäuser konsequent zu Ende führen, um den Kranken binnen kurzer Frist menschengerechte Zustände zu schaffen.

## VIII. Besser und gesünder wohnen

Besser und gesünder wohnen – das bedeutet für die CDU zeitgemäße, bedürfnisgerechte und an marktwirtschaftlichen Grundsätzen orientierte Wohnraumversorgung.

Die CDU hat dabei in der Regierung Albrecht einen deutlichen Schwerpunkt auf die Sicherstellung eines ausreichenden Wohnraumangebotes für kinderreiche Familien, alte Menschen und Schwerbehinderte gelegt. Mehr als 3/5 aller für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel sind 1977 für diesen Personenkreis aufgewendet worden. 1976, 1977 und 1978 haben über 8000 Kinder mit ihren Eltern eine familiengerechte Wohnung gefunden.

Mit der Einführung eines Härteausgleichs für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen hat das Land 1976 und 1977 einen besonderen Beitrag zur Begrenzung der Mietkosten im öffentlich geförderten Wohnungsbau geleistet. Auch 1978 werden für diesen Zweck wieder Mittel zur Verfügung stehen, um den hier besonders Betroffenen den Erhalt ihrer bisherigen Wohnung zu ermöglichen. Schritte zur verstärkten Bildung von Wohneigentum wurden eingeleitet. Als erstes Bundesland hat Niedersachsen Richtlinien für die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen vorgelegt.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß

- bei der Wohnungsbauförderung kinderreiche Familien und Schwerbehinderte weiterhin bevorzugt berücksichtigt werden;
- in ausreichender Zahl bedarfsgerechte Wohnungen für die Aussiedler, die älteren und pflegebedürftigen Menschen bereitgestellt werden;
- die Eigentumsbildung bei möglichst vielen Mitbürgern durch Umwandlung von staatlich geförderten Mietwohnungen in Eigentumswohnungen gefördert wird;

- die Fehlbelegung von Sozialwohnungen abnimmt und eine Verzerrung der Mietpreise schrittweise abgebaut wird;
- neben der Neubauförderung auch die Wohnqualität vorhandenen Wohnraums verbessert und durch Modernisierungsmaßnahmen soweit wie möglich gefördert wird. Die Erhaltung und Bewahrung vorhandener Bausubstanz ist von gleichem Gewicht wie die Schaffung neuen Wohnraums.

Die CDU in Niedersachsen wird für eine zügige Bearbeitung aller Bauanträge eintreten. Baugenehmigungsbehörden dürfen keine Bauverhinderungs- oder Bauverzögerungsbehörden sein. Die von der CDU bei den Gemeinden vorgesehenen Bürgerberatungstellen sollen dem Bürger auch als Wegweiser und Hilfe in Baufragen dienen. Wir werden eine Neuordnung der verschiedenen Bundesförderungsbestimmungen im Interesse der Überschaubarkeit und des gezielten Einsatzes der vorhandenen Mittel anstreben.

## IX. Unsere Städte menschlicher machen

Es ist das Ziel der CDU, unseren Bürgern in den Städten ein menschenwürdiges und begegnungsfreundliches Leben in zeitgemäßen Wohnformen zu ermöglichen und zu sichern.

Im Land Niedersachsen gehört daher die Erhaltung und Erneuerung unserer historischen Stadt- und Dorfkerne zu den wichtigsten Aufgaben des Städtebaues. Die CDU hat in den 2 Jahren der Regierungsverantwortung bei der Abwicklung des Städtebauförderungsprogramms gezeigt, daß sie dieser Aufgabe gerecht wird. Sie wird sich weiterhin dafür einsetzen, daß

- bei der Städtebauförderung die Modernisierung und die Objektsanierung Vorrang haben vor Abbruch und Neubau,
- eine in allen Landesteilen gleichwertige Fortentwicklung der Siedlungsbereiche durch Ordnung, Entwicklung und Sanierung der gewachsenen baulichen Strukturen im Hinblick auf neue oder geänderte Bedürfnisse ermöglicht wird,
- ein vernünftiger Funktionsausgleich innerhalb der Gemeinden erfolgt, der die Verhältnisse der Ortsteile berücksichtigt und am Wohl der Gesamtgemeinde orientiert ist,
- die Stadtkerne wiederbelebt werden und durch eine sinnvolle wohngerechte Funktionsmischung zu einer attraktiven Wohnumwelt beitragen.

Bei allen Maßnahmen wird die CDU den Wohnwünschen der Bevölkerung in Stadt und Land große Aufmerksamkeit zuwenden. Die CDU setzt sich dafür ein, eine möglichst intensive Beteiligung der Bürger an der Planung und Gestaltung ihrer Umwelt zu erreichen.

Bei allen Bemühungen wird es für die CDU darauf ankommen, die Wohnwelt des Menschen harmonisch in eine lebenswerte Umwelt einzufügen.



## X. Bildung in Freiheit – Zukunftschance unserer Jugend

Die CDU will das gegliederte Schulwesen zielstrebig weiterentwickeln. Sie sieht in ihm die derzeit beste Möglichkeit, die unterschiedlichen Neigungen, Fähigkeiten und Interessen der Schüler zu entfalten und zu fördern.

Die CDU lehnt extreme Positionen in der Bildungspolitik ab. Das staatliche Schulwesen muß möglichst von allen Bürgern bejaht und angenommen werden können. Die CDU wird den von ihr beschrittenen Weg einer Beruhigung der schulpolitischen Auseinandersetzung im Interesse der Eltern und insbesondere der Schüler fortsetzen. Die Schule muß aus dem Parteienstreit soweit herausgehalten werden, daß sie nicht bei jedem Regierungswechsel von Grund auf umgekrempelt wird.

Die CDU wird alle ideologisch bestimmten Einseitigkeiten bei Lerninhalten und Unterrichtsmaterialien beseitigen, aber sie lehnt es ab, nun "linke" Ideologien durch "rechte" zu ersetzen. Alle Eltern sollen unbesorgt ihre Kinder in die öffentlichen Schulen schicken können. Die CDU gibt ihnen die Gewißheit, daß ihre Kinder in der Schule

- nicht der Familie entfremdet werden,
- ihre mitmenschlichen Fähigkeiten entwickeln,
- solide Kenntnisse erwerben,
- zu mündigen, leistungsbereiten Bürgern herangebildet werden.

Im einzelnen verfolgt die CDU folgende konkrete schulpolitische Ziele:

1. Der Kindergarten fördert besser als eine schulisch ausgerichtete Vorklasse. Es wird daher in Niedersachsen keine Vorverlegung der Schulpflicht geben. Aber die CDU wird ein flächendeckendes Angebot an Kindergartenplätzen für alle Fünfjährigen sichern. Sie wird die Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen fördern, damit sich für die Kinder keine Schwierigkeiten beim Übergang ergeben. Sie

wird dafür sorgen, daß die Elternbeiträge für Kindergartenplätze stufenweise abgebaut werden.

2. In der Grundschule werden die entscheidenden Voraussetzungen für den späteren Schulerfolg unserer Kinder geschaffen. Die CDU wird daher die Stoff- und Problemüberfrachtung der Lehrpläne beseitigen, die Möglichkeiten für das Erlernen und Einüben des Lesens, Schreibens und Rechnens verbessern, zusätzliche Förderungsmöglichkeiten für kleine Gruppen schaffen und so sicherstellen, daß möglichst alle Schüler die Grundschule mit Erfolg und ohne Verzögerung durchlaufen.

Die CDU wird dafür sorgen, daß das Grundschulangebot ortsnah bleibt, besonders auch dann, wenn die Schülerzahlen zurückgehen.

3. Das Sonderschulwesen hat die wichtige Aufgabe, auch den Behinderten eine echte Chance der gesellschaftlichen Integration und der Lebensbewältigung zu geben. Die CDU wird Sorge tragen, daß Sonderschulen für alle Behinderungsarten ausreichend zur Verfügung stehen, daß die Versorgung dieser Schulen mit qualifizierten Lehrern weiter verbessert wird und daß alle Möglichkeiten zur Rehabilitation ihrer Schüler voll genutzt werden. Gleichzeitig bietet die CDU Gewähr dafür, daß ein vorschnelles Zuweisen in die Sonderschule für Lernbehinderte vermieden wird.

4. Die Orientierungsstufe ist im gegliederten Schulwesen eine Stufe der Förderung und Orientierung auf die weiterführenden Schulen. Die CDU wird diese Schulform, die zur Zeit noch Anlaß zu Kritik bietet, so gestalten, daß sie allen Schülern gerecht wird und ihnen hilft, den Weg in die für sie richtige Schulform zu finden. Die CDU wird die Orientierungsstufe aus ihrer personellen und organisatorischen Isolierung herausführen, indem sie Lehrer aller Schulformen mit ausreichender Unterrichtserfahrung für die Arbeit in der Orientierungsstufe gewinnt. Sie garantiert daher, daß aus der Orientierungsstufe keine Vorstufe zur integrierten Gesamtschule wird.



5. Die Hauptschule ist auf die mehr praktisch veranlagten Schüler zugeschnitten. Die CDU wird die Hauptschulen weiterhin in besonderer Weise fördern und ihnen ein eigenständiges, praxisorientiertes Profil geben. Die CDU wird dafür sorgen, daß dem Hauptschüler durch kleinere Klassen, vermehrte Förderung und gezieltere Beratung der Weg zu einem guten Abschluß erleichtert wird.
6. Die CDU hat die berufliche Bildung in Niedersachsen aus ihrem Schattendasein herausgeholt. Sie wird den Ausbau dieses Bildungsbereichs, vor allem die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres, weiterhin vorrangig betreiben. Sie wird dafür Sorge tragen, daß neben einem hohen Anteil von Fachpraxis im Berufsgrundbildungsjahr auch ein entscheidendes Gewicht auf die Vermittlung von allgemeiner Bildung gelegt wird. Der junge Mensch soll für seine spätere Arbeit eine höhere berufliche Mobilität erhalten und gleichzeitig befähigt werden, seine Rechte und Pflichten als Staatsbürger voll wahrzunehmen. Das wichtigste Ziel der CDU ist die Sicherung eines ausreichenden Angebotes an qualifizierten Ausbildungsplätzen. Da die erforderliche Praxisnähe der beruflichen Bildung nur durch das duale System von Schule und Betrieb gewährleistet werden kann, ist für die CDU partnerschaftliches Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft selbstverständlich.
7. Die CDU bietet die Gewähr dafür, daß die Realschule auch in Zukunft ihren besonderen Auftrag ungestört erfüllen kann. Sie soll ihren Schülern neben einem vielfältig anwendbaren Grundwissen die notwendigen Fertigkeiten und Arbeitshaltungen vermitteln, die sie befähigen, ihren Bildungsgang sowohl in berufs- als auch in studienbezogenen Schulformen des Sekundarbereichs II kontinuierlich fortzusetzen.
8. Die CDU garantiert den Fortbestand der organisatorischen und pädagogischen Einheit des Gymnasiums. Sie wird den an dieser Schulform noch bestehenden Unterrichtsausfall beseitigen.

Sie wird sorgfältig darauf achten, daß in der neugestalteten gymnasialen Oberstufe Kontinuität des Lernens und hinreichende Breite der Allgemeinbildung gesichert bleiben.

9. Gesamtschulen sind in Niedersachsen Versuchsschulen. Die CDU wird diese Schulversuche versuchsspezifisch weiterführen und eine sehr genaue Prüfung der bisherigen wissenschaftlichen Begleitung dieser Schulversuche einleiten. Sie wird die klare Abgrenzung zwischen den integrierten und kooperativen Gesamtschulversuchen sicherstellen und außerdem dafür sorgen, daß bei den laufenden Versuchen die noch bestehenden Unsicherheiten hinsichtlich Stundentafel, Differenzierung, Lernkontrolle und Leistungsmessung durch klare Regelungen beseitigt werden.
10. Niedersachsen war unter SPD-Führung das einzige Land in der Bundesrepublik, das den Eltern noch alle Kosten für alle Lernmittel zumutete. Das muß anders werden. Die CDU wird die Mittel für Erziehungsbeihilfen spürbar erhöhen und schrittweise eine Lernmittelhilfe einführen. Kinderreiche und sozial schwächere Familien sollen zuerst bei der Beschaffung der Lernmittel unterstützt werden.
11. Durch die von der SPD betriebene Konzentration des Schulwesens ist der Schülertransport in Niedersachsen zu einer großen Belastung für die Schüler geworden. Die CDU garantiert, daß keine weitere Konzentration des Schulwesens erfolgt, sie stellt sicher, daß das Schülertransportwesen schülergerecht gestaltet und zugleich finanziell vernünftig organisiert wird. Sie wird außerdem die Elternbeiträge zu den Schülertransportkosten für alle Schüler abschaffen.
12. Die Erarbeitung von neuen Rahmenrichtlinien für alle Schulformen gehört in Niedersachsen zu den vordringlichen Aufgaben. Die CDU wird sich bei der Bewältigung dieser Aufgabe von folgenden Grundsätzen leiten lassen:



Die Inhalte dessen, was an der Schule gelernt und gelehrt wird, müssen von der Übereinstimmung möglichst aller getragen sein: Konsens, nicht Konflikt hat Fundament des Unterrichts zu sein.

Alle Bildungs- und Erziehungsziele müssen eindeutig den Werten und Normen unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung entsprechen. Wir können nicht hinnehmen, daß Schüler erst lernen, daß etwas anders sein soll ehe sie wissen, wie etwas ist. Der Beschäftigung mit Literatur, Geschichte, Kunst und Musik wird dabei eine besondere Bedeutung zukommen. Wer die Gegenwart und die Zukunft bewältigen will, muß die Vergangenheit kennen und wissen, wie sehr die Gegenwart von ihr abhängig ist.

13. Das Niedersächsische Schulgesetz, das die SPD 1974 mit ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit gegen den entschiedenen Widerstand der CDU im Landtag durchgesetzt hat, muß novelliert werden. Dabei wird sich die CDU von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

- Stärkung der Vorschulerziehung im Kindergarten anstelle der verbindlichen Einführung von Vorklassen an Grund- und Sonderschulen;
- Anpassung der Vorschriften über die Größe der Schule an die Entwicklung der Schülerzahlen, insbesondere für Grundschule und Orientierungsstufe;
- eindeutige Absage an die Stufenschule, insbesondere Herausstellung der Einheit des Gymnasiums;
- klare Absage an die Gesamtschule als Regelschule;
- Klarheit, Vereinfachung und Überschaubarkeit des Handelns staatlicher Schulverwaltung, vor allem auch bei der Besetzung von Schulleiterstellen, und des Wahlverfahrens zum Landeselternrat und Landesschülerrat.

14. Die CDU mißt der Lehreraus- und -fortbildung ganz besondere Bedeutung zu. Sie tritt ein für eine Lehrerbildung, die sich an den Schulformen des gegliederten Schulwesens orientiert und die Lehrer befähigt, die konkreten Aufgaben des Schulalltags sicher und zum Wohle der Schüler zu bewältigen. Nicht gesellschaftsverändernde Ideologien, sondern die praktischen Unterrichtserfordernisse müssen für die Lehrerbildung an unseren Hochschulen bestimmend sein. Die CDU wird ein entsprechendes Lehrerbildungsgesetz in der nächsten Legislaturperiode einbringen. Die CDU wird sich außerdem für die Einrichtung eines Lehrerfortbildungsinstituts einsetzen, damit die zur Zeit besonders große Zahl junger Lehrer in den nächsten Jahren hinreichend Unterstützung und Förderung in ihrer Arbeit finden kann.

15. Jugendhilfe hat vor allem die Aufgabe, die Erziehungsfähigkeit der Familien zu stärken und die familiäre Erziehung durch Bildungs- und Erziehungsangebote zu ergänzen. Die CDU wird daher dafür Sorge tragen, daß die Personalausstattung verbessert und die Mittel für die Bildungsarbeit der Verbände in angemessener Weise zur Verfügung gestellt werden. Sie tritt dafür ein, daß zusätzliche kompensatorische Hilfen für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche angeboten werden und daß das Gefälle in den Freizeitbildungsangeboten zwischen Stadt und Land verringert wird. Sie sieht außerdem in der Förderung der Familienbildungsstätten sowie Erziehungs- und Jugendberatungsstellen einen besonderen Schwerpunkt für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe.

16. Die Förderung und Entwicklung des Sports ist wegen der gesundheitlichen, pädagogischen und sozialen Wirkungen einer regelmäßigen sportlichen Betätigung eine bedeutende Aufgabe. Die CDU wird die Grundversorgung mit öffentlichen Sportanlagen sichern und die Einrichtung von Spezialanlagen für bisher weniger verbreitete, aber attraktive und entwicklungsfähige Sport-



arten fördern. Sie setzt sich dafür ein, daß die Arbeitsbedingungen der Sportvereine und -verbände weiter verbessert werden und daß auch die Entwicklung des Leistungssports in angemessener Weise von der öffentlichen Hand unterstützt wird.

17. Unsere Hochschulen müssen mehr junge Menschen aufnehmen können als bisher, weil die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten auf Jahre hinaus noch sprunghaft ansteigen wird. Wer nach seiner Vorbildung zum Hochschulstudium berechtigt ist und auch ein Hochschulstudium aufnehmen will, soll die Chance haben, eine seinen Anlagen und Neigungen entsprechende Hochschulausbildung zu durchlaufen.

Wir werden daher Studienmöglichkeiten schaffen für Studenten von z.Zt. rd. 75.000, 1982 auf fast 100.000 und bis 1985 auf 107.000. Durch Verstärkungen im personellen Bereich werden wir dafür sorgen, daß vorübergehend zusätzlich noch für weitere 15.000 Studenten Studienmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Auch der Studentenwohnheimbau wird zügig weitergeführt, um Heimplätze für rd. 15 % der Dauerstudienplätze zu schaffen.

Die CDU wird sich für die zügige Einrichtung von Studienreformkommissionen, vor allem im Bereich der Geisteswissenschaften einsetzen. V werden die durchschnittliche Studienzeit senken. Voraussetzung hierfür sind Maßnahmen der inneren Studienreform, d.h. der Straffung des Studien- und Prüfungsstoffes. Die Hochschulen erhalten hierfür zeitliche Vorgaben (Regelstudienzeiten). Das darf aber nicht zur Verschulung der Hochschulen führen. Eine bessere Studienberatung wird den Studenten die nötigen Hilfen geben. Die Studienreform wird auch die Qualität der Lehre anheben. Die Hochschulen müssen Studienordnungen und Studienpläne erlassen, die dem Studenten helfen, sich auf Lehrgegenstände von grundsätzlicher Bedeutung zu konzentrieren und so zu studieren, daß er für sein späteres Berufsfeld optimal vorbereitet ist. Aufbau- und Weiterbildungsstudiengänge müssen

eingrichtet und die Ansätze für ein verbreitetes Fernstudium nachhaltig weiterentwickelt werden. Wir werden dafür sorgen, daß die Leistungsfähigkeit der Forschung innerhalb und außerhalb der Hochschulen gewahrt und verbessert wird.

Die CDU wird die Hochschulorganisation aufgabenorientiert gestalten sowie von sachfremden Einflüssen und rätendemokratischen Vorstellungen freihalten. Oberstes Prinzip ist die durch das Grundgesetz gewährleistete Wissenschaftsfreiheit. Wir werden deshalb den zu selbständiger Lehre und Forschung berufenen Wissenschaftlern in den Kollegialorganen der Hochschulen den maßgebenden Einfluß einräumen. Unser Ziel ist ein partnerschaftliches Zusammenwirken der Professoren, der Studenten sowie der wissenschaftlichen und der technisch-administrativen Mitarbeiter.

Die Freiheit der Rede, die Freiheit von Lehre, Forschung und Studium werden wir gegen rechtswidrige Stör- und Gewaltaktionen mit der nötigen Entschiedenheit und mit Augenmaß verteidigen. Die Hochschule ist für uns kein rechtsfreier Raum. Wir bekennen uns zu der Verantwortung der zuständigen Organe der staatlichen Gemeinschaft, die Funktionsfähigkeit der Hochschulen gegenüber rechtswidrigen Gewaltanwendungen sicherzustellen.



Verantwortlich CDU Niedersachsen